

ROLAND KOCH

Hessischer Ministerpräsident
Bierstadter Straße 2 65189
Wiesbaden E-Mail
r.koch@stk.hessen.de 02.
Sept. 2003

An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Landesverwaltung

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Ich habe dem Hessischen Kabinett im Rahmen meiner Richtlinienkompetenz Vorgaben für die Haushaltsplanung des Jahres 2004 gemacht, die zu erheblichen Veränderungen und Einschränkungen in allen Bereichen der Hessischen Landesverwaltung und bei den Bürgern führen werden. Zu diesen Maßnahmen gehört eine erhebliche Verlängerung der Wochenarbeitszeit, die Kürzung des Weihnachts- und die Streichung des Urlaubsgeldes für alle Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen. Um absehbar eine Gleichbehandlung von Beamten und Angestellten zu erreichen, werden wir dafür Sorge tragen, dass die tarifvertraglichen Regelungen für Arbeiter und Angestellte des Landes Hessen mit dem Ziel gekündigt werden, vergleichbare Regelungen wie im Beamtenbereich auch dort umzusetzen. Wir werden auch hier eine Angleichung der Arbeitszeit zur Voraussetzung weiterer Tarifierhöhungen machen.

Ich bin mir ganz sicher, dass in allen Dienststellen des Landes über diese Maßnahmen keine Freude empfunden wird. Realistischer ist es wohl, von erheblicher Betroffenheit und Verärgerung auszugehen. Genau das ist der Grund, warum ich mich unmittelbar an dem Tag, an dem meine Entscheidungen bekannt werden, an Sie wende. Ich weiß auch, dass viele von Ihnen deshalb enttäuscht sind, weil ich bisher bei allen Maßnahmen darauf bestanden habe, dass Belastungen auf Beamte, Angestellte und Arbeiter gleichmäßig verteilt werden. Diesen Grundsatz kann ich angesichts der katastrophalen Finanzlage jedenfalls für eine Übergangszeit nicht aufrechterhalten.

Würden die von mir vorgeschlagenen Maßnahmen nicht durchgeführt, würde das Land Hessen dauerhaft Schaden nehmen. Wie die überwiegende Mehrzahl der Länder steht auch Hessen in der Gefahr, eine Verschuldung weit über den in der Verfassung vorgeschriebenen Grenzen vornehmen zu müssen. Wir haben dies in den vergangenen zwei Jahren in der Absicht getan, konjunkturelle Schwankungen nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen austragen zu müssen. In Wahrheit haben wir damit entschieden, dass diese Lasten zur Stabilisierung unserer jetzigen Verhältnisse später unsere Kinder tragen. In einer Übergangszeit ist dies verantwortbar, vom Gesetz sogar ausdrücklich vorgesehen. Wir sind jetzt im dritten Jahr ohne wirtschaftliches Wachstum, und es bestehen keine ernsthaften Aussichten, dass in einer absehbaren Zeit die wirtschaftliche Lage so verbessert wird, dass daraus nennenswert höhere staatliche Einnahmen entstehen. Ein Land, in dem es seit 3 Jahren kein wirtschaftliches Wachstum mehr gibt, wird ärmer. Das trifft auch für Hessen und seine Leistungsfähigkeit zu. Wenn Deutschland in einer dramatischen Wirtschaftskrise mit massiven Steuerausfällen, - 2 - fehlendem Wirtschaftswachstum, einer im Winter zu erwartenden Arbeitslosigkeit von rund 5 Millionen Menschen und einer erneuten Verschuldung weit über die 3%-Grenze der EU steckt, geht eine solche Entwicklung auf Dauer eben auch nicht an unserem Land vorbei. Hessen ist bis zum heutigen Tag im Bezug auf den Grad seiner Verschuldung oder Fähigkeit, diese Schulden aus den erwarteten Steuereinnahmen zu bezahlen, noch immer eines der gesündesten Länder der Bundesrepublik Deutschland. Wie man auch statistisch rechnet, Hessen steht immer auf den Plätzen 3 oder 4. Wir sind verpflichtet, bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Bundeslandes dafür zu sorgen, dass wir unseren Kindern das Land auch in diesem Zustand übergeben. Die Einnahmen aus Steuern für das Land Hessen werden sich auch im kommenden Jahr

bestenfalls auf dem Niveau des Jahres 1998 bewegen. Daher ist es unumgänglich, die Kreditaufnahme um 1 Mrd. € zu reduzieren. Sie alle sind lange genug mit der Landesverwaltung vertraut, um zu wissen, dass ein solcher Betrag ohne Eingriffe in die Personalkosten undenkbar ist. Die Tatsache, dass vor allem durch den Anstieg der Versorgungslasten und die Tarifierhöhungen in den Jahren von 1998 bis heute alleine die Summe für Personal um mehr als 10 % gestiegen ist, unterstreicht diese Notwendigkeit. In jedem normalen wirtschaftlichen Unternehmen müssten in dieser Situation unter Anwendung eines Sozialplanes und durch Ausspruch von betriebsbedingten Kündigungen kurzfristig einige Tausend Arbeitsplätze entfallen. Die Hessische Landesverwaltung wird allerdings betriebsbedingte Kündigungen nur in einigen wenigen Bereichen prüfen. Beamtinnen und Beamte sind in der in diesen schwierigen Zeiten günstigen Situation, dass sie vor solchen Sorgen um ihre berufliche Existenz geschützt sind. Aus diesem Schutz erwachsen aber auch Pflichten.

Ich weiß, dass dies nicht populär ist. Dennoch ist es jetzt an der Zeit, Ihre Arbeitszeit so zu gestalten, dass die Pflichten und Aufgaben des Staates trotz der dramatischen wirtschaftlichen Krise heute und in kommenden Jahren noch erfüllt werden können. Dies erfordert die Verlängerung der Arbeitszeit, die Kürzung des Weihnachts- und die Halbierung bzw. Streichung des Urlaubsgeldes für die hessischen Beamten. Wir haben versucht, bei den Maßnahmen, die unmittelbar zu Einkommensverlusten führen, den sozialen Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Es werden folgende Neuregelungen gelten:

1. Verlängerung der Wochenarbeitszeit:

- > bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres: 42 Stunden
- > bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres: 41 Stunden
- > ab dem 61. Lebensjahr: 40 Stunden

2. Kürzung des Weihnachtsgeldes:

- > für Aktive: auf 60% eines Monatsbezuges
- > für Versorgungsempfänger: auf 50% eines Monatsbezuges

- 3 -

Die Kürzung erfolgt bereits 2003. Ab 2004 wird das Weihnachtsgeld auf 12 Monate verteilt und beträgt 5% vom jeweiligen Monatsgehalt. Im Gegensatz zu den letzten Jahren wächst es mit der Steigerung des Grundgehaltes mit und ist ruhegehaltstfähig. Auch die Kinderkomponente im Weihnachtsgeld bleibt von der Kürzung ausgenommen.

3. Kürzung bzw. Streichung des Urlaubsgeldes

- > Halbierung des bisherigen Urlaubsgeldes auf einen Festbetrag in Höhe von 166 € bis BesGr. A8.

Zum Vergleich: In Bayern sind es nur 100 € In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

wird ganz gestrichen. Außerdem verzichtet Hessen darauf, bereits für 2003 gezahltes Urlaubsgeld beim Weihnachtsgeld 2003 abzuziehen, wie es z.B. in Baden-Württemberg der Fall ist.

- > Streichung des Urlaubsgeldes ab der BesGr. A9

4. Keine Änderung bei der Beihilfebemessung

Im Übrigen ist selbstverständlich, dass alle Kürzungsmaßnahmen die Mitglieder der Landesregierung ebenso treffen wie jeden Einzelnen von Ihnen. Darüber hinaus werden die Kabinettsmitglieder und ich für die jetzige Tarifperiode auf jegliche Besoldungserhöhung , verzichten. Wir halten dies für notwendig, um zu zeigen, dass wir in einer schweren wirtschaftlichen Krise der Bundesrepublik Deutschland keinen von seinem Beitrag ausnehmen können.

Auch andere Entscheidungen, wie etwa die Kürzung aller sächlichen Verwaltungsausgaben um 7,5 % im nächsten Jahr oder die Reduzierung aller Subventionen/freiwilligen Leistungen

um ein Drittel bringen nur im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Bereich des Personalhaushalts einen messbaren Beitrag zur strukturellen Gesundung. Selbst nach all diesen Maßnahmen ist eine Erreichung des Ziels einer Entlastung des Haushalts in Höhe von ca. 1 Mrd. € im Vergleich zu den bisherigen Planungen nur möglich, wenn Vermögenswerte des Landes Hessen veräußert und im normalen Haushaltskonsum verbraucht werden. Ich habe den Finanzminister gebeten, seinen Planungen ein wirtschaftliches Wachstum von 1 Prozent für das kommende Jahr zugrunde zu legen. Dies geschieht auch deshalb, weil wir von zu optimistischen Zahlen der Bundesregierung in den letzten Jahren immer enttäuscht wurden. Ab dem Jahr 2005 hoffen wir wenigstens auf eine normale wirtschaftliche Entwicklung, die uns auch wieder ein Wachstum von 2 Prozent beschert. Jedem von uns muss klar sein, ohne wirtschaftliches Wachstum, ohne erfolgreichere Geschäftsabschlüsse und ohne ein größeres Interesse der Betriebe, neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen, werden die Probleme auf Dauer unlösbar. Ich hoffe, dass es uns gelingt, bei der Bundesregierung die Schritte durchzusetzen, die für eine solche Gesundung auch in unserem wirtschaftsstarken Land Hessen notwendig sind.

Die Maßnahmen, die wir jetzt getroffen haben, sind hart. Sie werden Proteste, Ängste und Sorgen auslösen. Sie werden an einer Reihe von Stellen innerhalb unserer Verwaltung und in anderen Bereichen des Landes Hessen gewohnte Strukturen gefährden. Und wir werden auch auf manches, was wir bis heute für wichtig halten, verzichten müssen. - 4 - Die Gesetze der Mathematik können wir nicht ändern, wir haben uns lange genug alle gemeinsam mit der Hoffnung getröstet, dass es schnell wieder besser wird. Diese Zeit ist nun vorüber. Die Landesregierung geht davon aus, dass sie in Hessen mit den Maßnahmen die wesentlichen strukturellen Grundlagen geschaffen hat und dann wieder ein Neuaufbau beginnen kann.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Deutschland in den unterschiedlichsten Unternehmen haben solche Zeiten des radikalen Umbaus und der Veränderung in der Vergangenheit schon mitmachen müssen. Freilich haben manche gehofft, dass der Öffentliche Dienst davon verschont bleibt. Dies ist aber nicht möglich. Wir werden jetzt beweisen müssen, dass wir im Öffentlichen Dienst ebenso mit unseren Mitteln und mit unserem Vorteil der weitgehenden Arbeitsplatz-Sicherheit in der Lage sind, krisenhafte Situationen zu bewältigen, ohne sie nur auf unsere Kinder abzuschieben, wie alle anderen im wirtschaftlichen Leben. Ich bin davon überzeugt, dass die Hessische Landesverwaltung aus einem solchen Prozess gestärkt hervorgehen kann - mit besseren Arbeitsstrukturen, die auch den Beteiligten das Arbeiten leichter macht, einem hohen Ansehen ob der Leistungsfähigkeit in der Krise, die man in der Bevölkerung erlangen kann und auch mit der gemeinsamen Motivation, schwierige Zeiten bewältigt zu haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie nach dem für mich sehr verständlichen Ärger der ersten Stunde sich mit mir und allen Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung gemeinsam auf den Weg machen könnten, diese Herausforderung zu bewältigen.

Wir werden uns gemeinsam den harten Realitäten der Zahlen zu stellen haben. Wenn wir sie bewältigen, kann das nicht nur eine Quelle von Ansehen und Stolz für den Öffentlichen Dienst sein, sondern auch der Start zu besseren Bedingungen unserer Arbeit in den Jahren nach der Bewältigung der Krise und eine gute Basis für eine sichere Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen Roland Koch